

Der Ausschuss verkennt jedoch nicht, daß eine wesentliche Ursache der wirtschaftlichen Notlage des deutschen Volkes in dem außenpolitischen Druck liegt und durch innerpolitische Maßnahmen allein nicht zu beseitigen ist.

In Übereinstimmung mit den Bemühungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes und dem kürzlich gefassten Beschluß des englischen Gewerkschaftskongresses, der mit Freude und Genugtuung von den deutschen Gewerkschaften begrüßt wird, fordert deshalb der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, daß im Interesse des Wiederaufbaues von Europa die Gewaltpolitik gegen Deutschland endlich aufgegeben und der Weg zu einem wahren Frieden und zur Versöhnung der Völker eingeschlagen werden möge.

2. Gegen die kommunistischen Gewerkschafts-führer.

Die Veröffentlichungen der kommunistischen Partei in Zeitungen, Zeitschriften und Plakaten übertreiben sich in den letzten Wochen in Verdächtigungen und Beschimpfungen der Gewerkschaftsleitungen, die alles frühere Maß überschreiten. Jede Aufklärung und Richtigstellung von Irrtümern bleibt vergeblich, und die unsinnigsten Vorwürfe werden täglich aufs neue wiederholt mit einer Unwahrscheinlichkeit und Bosheit, die keine Grenzen kennt und tiefsten Abscheu erregen muß.

Diese Methode der kommunistischen Agitation soll bezwecken, das Vertrauen der unter dem schweren Druck der wirtschaftlichen Notlage leidenden Arbeiterschaft zu den Gewerkschaftsleitungen zu erschüttern. Deshalb wird letzteren tagtäglich nicht nur die Fähigkeit, sondern überhaupt der Wille abgestritten, die berechtigten Interessen der Arbeiterschaft zu wahren. Aus dieser lügenhaften Darstellung sollen die Arbeiter die Folgerung ziehen, daß an Stelle der Gewerkschaftsleitungen jetzt die Betriebsräte die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen in die Hand nehmen müssen.

Demgegenüber stellt der Ausschuss des ADB fest, daß der von der kommunistischen Partei geforderte Reichsbetriebsrätekongress lediglich kommunistischen Parteizwecken dienen soll. Die Gewerkschaften müssen es aus Selbstachtung und im allgemeinen Arbeiterinteresse ablehnen, einer Parole der kommunistischen Partei zu folgen.

Der Ausschuss verweist auf die Beschlüsse des ersten Reichsbetriebsrätekongresses und des Leipziger Gewerkschaftskongresses, die das Tätigkeitsgebiet der Betriebsräte und ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften klarstellen. Wie die Gewerkschaftsleitungen sich ihrer Pflicht und ihrer Verantwortung voll bewusst sind, so erwartet der Bundesausschuss auch von den Betriebsräten, daß sie die angelegten Bemühungen der Gewerkschaften im Rahmen ihres Aufgabengebiets unterstützen. Wie alle früheren Versuche der kommunistischen Partei, den Gewerkschaften ihren Willen aufzuzwingen, so muß auch der jetzige, mit so vielen unlauteren Mitteln unternommene an dem gefunden Sinn und dem entschlossenen Widerstand der deutschen Arbeiterschaft zum Scheitern gebracht werden.

Die Gewerkschaften und die Einigung der politischen Parteien.

Am 24. September vollzog sich eine der wichtigsten Wandlungen in der Geschichte der Sozialdemokratischen Partei. Der Kampf um die Einheitsfront ist zu Ende und die guten Folgen des Friedensschlusses können nicht ausbleiben. Im Nürnberger Herkules-Saalbau, der schon so manche hochbedeutsame Kundgebung der Arbeiterklasse sah, ist das in ersten Beratungen vorbereitete Einigungswort von den Auserwählten der beiden sozialdemokratischen Bruderparteien bestätigt und besiegelt worden. Heilig wird dieser denkwürdige erste Sonntag des Herbstes 1922, als Entscheidungstag der Vereinigung, den Arbeitermassen fein und bleiben. Es gibt nun keine Mehrheitspartei mehr, auch keine unabhängige Sozialdemokratische Partei. Die Einheit tritt vor aller Welt in die Erscheinung, sie ist der feste Punkt, von dem aus weitergebaut werden wird. Damit ist eine Entwicklung abgeschlossen, die bereits vor acht Jahren begann und die auch auf

den Gewerkschaften wie ein Abdruck lag. Im Herbst 1914 zeigten sich die ersten Parteidifferenzen in Stuttgart, in Chemnitz, in Berlin, in Hamburg und Altona. In diesen großen Parteiorten war man, besonders in Gewerkschaftskreisen, mit der Haltung der Zeitungen nicht mehr allgemein einverstanden. Der Riß erweiterte sich, als im Reichstag am 21. Dezember 1915 bei Beratung des Zehnmillionenprechts zum ersten Male seit vier Jahrzehnten Sozialdemokraten gegen Sozialdemokraten sprachen und stimmten. Zur schweren Krise aber wuchs sich der krisenhafteste Zustand aus am 24. März 1916 durch die Bildung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, der sofort achtzehn Reichstagsabgeordnete beitraten. Hugo Haase legte sein Amt als Parteivorstand nieder, außer der Reichstagsfraktion gab es die Minderheitsfraktion, für sich markierten die Genossen Liebnecht und Kühle. Die Fraktion und damit die Einheit war gesprengt. Ernste Bemühungen, den Bruch aufzuhalten, das Wiedervereinigungsproblem sofort ohne Zughaftigkeit anzupacken, schlugen fehl. Alle öffentlichen Versuche und zahlreiche Anstrengungen im Sinne der Einigung konnten nach Lage der Sache nur negative Erfolge haben. Waren doch auch in fast allen anderen Ländern die sozialistischen Parteien zerplittert und hinsichtlich ihrer Stellung zum Kriege uneinig. Bei den hohen Bluttemperaturen eines Weltkrieges mußten eben selbst ganz feste politische Konstruktionen aus den Fugen geraten.

Zwar lebt auch heute noch die Welt im Fieberwahn — aber in Nürnberg ist hinter einem auf die Dauer unerträglichen Zustand der Schlusstrich gezogen worden. Alle Arbeiterwünsche, alle Forderungen werden trotz des Einigungswortes auch in Zukunft nicht erfüllt werden können. Aber bisher verammelte Wege sind frei geworden, ein anderes Tempo in der sozialistischen Bewegung ist gegeben. Darüber sind die Herzen der Genossinnen und Genossen erfreut und alle Gehirne sind erregt von dieser einen gewaltigen Tatsache: Von jetzt ab gibt es nur eine einzige Sozialdemokratische Partei. In diesem Zeichen wird die Arbeiterklasse siegen, weil eben nur durch festen Zusammenhalt die dem Proletariat entgegenstehenden lebensbedrohenden Hindernisse bewältigt werden können. Und bewältigt müssen sie werden, um den Untergang abzuwehren. Die einzige Partei kann politisch leichter das leisten, was die Gewerkschaften, was die Gesamtheit des Proletariats von ihr fordern. Das Gelingen verfehlt werden sich von heute an in treuer Kampfgesährlichkeit die alten bewährten Mitarbeiter und Mitstreiter an dem großen Werte des Sozialismus wieder zur Seite stellen.

Wie früher die Zerplitterung, so wurde die bevorstehende Einigung der beiden sozialistischen Parteien von den bürgerlichen Zeitungen in den letzten Wochen ausgiebig abgetastet. Aus diesem Pressehohlpiegel und den Neuerungen prominenter politischer Persönlichkeiten ist zu ersehen, welche Bedeutung man der Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien bei ihren Gegnern beimißt. Weiß man dort doch ganz genau, daß bisher von ihnen dilatorisch behandelte Probleme nun der baldigen Lösung harren. Man weiß auch, daß dem ewigen Nur und Aber der Bürgerlichen die sozialdemokratische Einheitsfront gegenübergestellt wird, hinter der wiederum die überwältigende Mehrheit der werktätigen Bevölkerung steht. Die Ausführungen der kapitalistischen Büchsenpanzer zur Einheitsfront sind vor allem auch deshalb bemerkenswert, weil sie nicht mit Unrecht eine gewaltige Rückwirkung auf die Geschlossenheit und Stoßkraft der Gewerkschaftsbewegung befürchten. Besser, wie selbst die Arbeiter es wissen, weiß man im gegnerischen Lager: Für politische Aktionen sind mächtige wirtschaftliche Organisationen notwendig und wirtschaftliche Organisationen können ohne große politische Parteien nichts vor sich bringen. Wenn man ernstlich auf allen Seiten mit dieser Erkenntnis rechnen würde, handelte man bloß weise. Denn nur in dem Maße wird sich politische Macht dauernd durchsetzen können, als ihr die wirtschaftlichen Grundlagen dazu gegeben sind. Der Kapp-Putsch hat dies ebenso aufgezeigt wie der Kommunistenaufruf in Mitteldeutschland. An ihrer zu schwachen wirtschaftlichen Basis brachen beide Unternehmungen in sich zusammen.

Das Fundament ist und bleibt die Wirtschaft, die Politik jedoch der nicht zu entbehrende Ueberbau. Die allein im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen 49 Verbände mit ihren acht Millionen Mitgliedern und der Allgemeine Freie Angestelltenbund und mit ihm angeschlossenen Organisationen der Privatangestellten bilden aber eine Macht, mit der auch stärkste Gegner rechnen müssen. Das Einigungswort verspricht in dieser Beziehung nicht nur viel, es wird noch mehr halten. Man denke nur an die internationalen Auswirkungen. Den Mißvergnügten und Indifferenten wurde nun auch die letzte Mühe Wind aus den schlappen Segeln genommen.

Trotz es äußerlich auch nicht so in Erscheinung wie bei den politischen Parteien, die Gewerkschaften haben unter dem Bruderzwist schwer gelitten. Gemeinsames Zusammenwirken war nicht leicht, manchmal überhaupt unmöglich. Die rivalisierenden, oftmals gegeneinander arbeitenden Parteien haben die Stoßkraft der Gewerkschaften geschwächt, haben ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluß gemindert und dadurch den Gegnern des Proletariats genügt. Ohne alle Beschönigung muß das heute ausgesprochen werden, damit die Augenwendung ehrlich gezogen werden kann. Aus eben diesen Erwägungen war denn auch der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund stänbig bestrebt, die Frontstellung der zerrissenen Parteien durch sichere und kluge Arbeitsmethoden zu verflügen.

Wie Arbeiterpolitik zweckmäßig nach wiederhergestelltem Frieden zu betreiben ist, geht mit erfreulicher Deutlichkeit und Entschiedenheit aus der ersten politischen Tat nach Beendigung des politischen Bruderzwistes, nämlich aus dem neuen sozialistischen Aktionsprogramm, hervor. In diesem Dokument heißt es am Schluß über das Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften:

Die Kampfsiele unseres Aktionsprogramms erheben die höchste Kräfteausfaltung des Proletariats, die Stärkung all seiner politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen, die volle Geschlossenheit und Einheit seiner Aktion. Die Partei ruft deshalb alle Arbeiter, Angestellten und Beamten auf, die Einheit zu verwirklichen. Pflicht aller Parteiangehörigen ist es, in den Gewerkschaftsorganisationen allen Zerplitterungs- und Spaltungsbestrebungen mit größter Energie entgegenzutreten. Die Forderungen unseres Programms müssen zur Grundlage des gemeinsamen Kampfes aller vom sozialistischen Geist erfüllten Organisationen werden. Mit erhöhter Siegesversicht, mit gefählter Kraft wird sich dann die historische Sendung der arbeitenden Klasse vollenden: Die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft!

Diese Programmforderungen sagen alles, was notwendig ist, sie sind so überzeugend, haben so tiefe Wurzeln geschlagen innerhalb der durch langjährige Gewerkschaftsarbeit geschulten Arbeitermassen, daß die Poseure der Unternehmer augenblicklich zum Flötenspiel wird, wenn sich ein vorwärtsdrängendes und einiges Proletariat aktiv dahinter stellt.

Was die Kommunisten anlangt, die mit aufrichtig bösem Seitenblick auf das von ihnen arg beanstandete Nürnberger Einigungswort schauen, so werden sie mit pupillarischer Sicherheit auch aus diesem Programm einige Zutaten für ihren Partei-suppentopf herauszufischen wissen. Die kommunistischen Argumente sind aber so stark abgenüß, kein Arbeiter, der seine politische Verantwortlichkeit sehr ernst nimmt, wird lange in die Moskauer Gist-schüsseln gucken. Zügellose Propaganda, kleinliche Nechtshaberei muß sich die geschulte Arbeiterschaft zukünftig energisch verbitten. Kein Klassenbewußter Arbeitermann wird sich, gewißigt durch Erfahrung, so leicht mehr von der Kritik aus dem Rahmen parteigenösslicher Duldsamkeit reißen lassen. Die Hem-mungen, die auch heute noch der Einigung von gewisser Seite innerhalb der Parteien und innerhalb der Gewerkschaften zu bereiten versuchen werden, müssen verpuffen, sobald wieder einigermaßen normale Zustände heraufdämmern. Der kommunistische

Weizen kann eben nur in bösen Zeitaltern blühen, nur dann, wenn der Hoge die Führer vernichtet. Aber auch der Augenblick wird kommen, wo von den jetzt noch abwärts Stehenden eine Lustveränderung herbeigeführt, wo die kommunistischen und syndikalistischen Arbeiter bereit sein werden, sich durch Tatsachen belehren zu lassen. Die verschiedenen politischen Spielarten links von der vereinigten Sozialdemokratie werden dann von der ebenso unfruchtbaren wie gefährlichen Formel „Alles oder nichts“ abkommen. Ihre „Politik“ wird dann weniger schwachhörig und kurzfristig sein.

Viel Kraft und Wucht wurde im sozialistischen Parteistreit verschwendet. Allenhalben hemmte der sozialistische Bruderkrieg auch die Gewerkschaften. Am eigenen Leibe erfahren die Proletarier, daß Spalten leichter ist als einigen. Diese bittere Erfahrung bietet die stärkste Gewähr dafür, daß so leicht kein Rückfall eintritt. Man weiß jetzt Besseres zu tun, als sich gegenseitig die Mittelglieder absipfend zu machen, als die eigenen Gewerkschaftscollegen und Genossen ins Unrecht zu setzen, als ihnen unterschiedliche Artigkeiten zu sagen, damit den Gegnern Material geliefert, das wonnebebend agitatorisch ausgemüht wurde und noch wird. Den Kommunisten, die sich immer nur einbilden, sie richten alles allein auf der Welt, sei nochmals gesagt, daß die Bewegungen der Arbeiterklasse nicht dazu da sind, Parteigeschäften zu machen, wenn die Lebensinteressen des Proletariats gebieterisch die Einigung erfordern. Wer auch jetzt noch das Einigungswort sabotiert, für den kann kein Platz in der einzigen Sozialdemokratischen Partei sein. Denn der Gegner darf nicht mehr innerhalb der Bruderpforte, er muß außerhalb gesucht werden. Auch die Ueberzeugung ist glücklich durchgebrochen: In der Partei wird man sich auf dem Boden der Toleranz treffen. Einen sogenannten rechten und einen sogenannten linken Flügel kann jede gesunde Organisation ertragen, wenn die Meinungsverschiedenheiten kameradschaftlich ausgefochten, wenn tiefere Gegenstände im Interesse des großen Ganzen brüderlich überbrückt und die vor der Spaltung bewährten Richtlinien wieder eingehalten werden. Harte Tatsachen haben die Heißsporne aller Richtungen belehrt, daß, will man mit dem Kopf durch die Wand, nicht die Wand, sondern der Kopf blutet. Diese Erfahrung ist, wie gesagt, das sicherste Zeugnis dafür, daß Realpolitik getrieben wird, die allein die Partei, die Gewerkschaften, die werktätige Bevölkerung und damit das deutsche Volk aus den augenblicklichen Nöten und Schwierigkeiten heraus- und neuen besseren Sternen zuführt.

Johannes Karnaht in der „Fränk. Tagespost“.

Urabstimmung im Buchdrucker-Verband.

Der letzte Verbandstag des Verbandes der Buchdrucker hatte beschlossen, die Entscheidung über die Schaffung eines graphischen Industrieverbandes durch eine Urabstimmung der Mitglieder herbeizuführen. In Erledigung dieses Beschlusses hat jetzt der Vorstand des Buchdruckerverbandes in Uebereinstimmung mit den Gauleitern dieses Verbandes angeordnet, daß diese Urabstimmung Mitte November stattfinden soll.

Die Hausfrauen und die Teuerung.

Die wilde Steigerung der Preise aller Lebensbedürfnisse wird denen zum Schicksal, von deren Arbeit kaum jemand spricht, weil sie als Selbstverständlichkeit betrachtet wird; wir meinen die Hausfrauen. Schon vor dem Kriege ist es so gewesen, daß die verheiratete Frau ihr halbes Leben verzetteln mußte mit den tausend kleinen Sorgen des Alltages. So starb viel Lebensmut und Lebensfreude im Zwang der Pfennigsorgen. Was sich aber heute auf diesem Gebiete abspielt, ist mit jener Zeit schlechterdings nicht vergleichbar. Heute verrichtet jede Frau, die sich um einen Haushalt zu kümmern hat, eine hoffnungslose Arbeit, wie sie heimtückischer, quälender und seelenmörderischer der größte Menschenfeind nie erfunden haben würde. Am Freitag oder Sonnabend kommt ein Bündel Scheine mit großen Zahlen in die Hand der Hausfrau; noch am gleichen Abend

beginnt stets erneut die Katastrophe. Jeder noch so kunstvolle und noch so raffiniert ausgestützte Wirtschaftsplan wird durch die fortgesetzt answellenden Preise aller Bedürfnisse über den Haufen geworfen. Wie eine jeden Tag neu Ertrinkende wehrt sich die Mutter und Ehefrau dagegen, die Ernährung und alle sonstigen Bedürfnisse der Ihrigen immer weiter einschränken zu müssen. Die Geißel unserer Not trifft sie doppelt und dreifach. Immer wieder hört man auch von den Hausfrauen, die die Sorge um tägliche Brot nur als einfache und selbstverständliche Pflicht kennen, daß sie diesen Druck des Mißverhältnisses zwischen Wirtschaftsgeld und Preisen nicht mehr auszuhalten vermögen. Die völlige Unsicherheit aller ausgetüftelten Rechnungen, die Unwiderstehlichkeit der erdrückenden Tatsachen macht die Frau, die mit dem Korb einkaufen geht, die vom Erwachen bis zur Nacht nur sorgt und sich quält, zur wahren Märtyrerin unserer Zeit. In ihr stirbt damit unendlich Wertvolles; es wird von der Not der Zeit verschüttet, zertrampelt. Vergessen wir bei dem Kampfe gegen die Teuerung nicht, daß wir auch den Frauen ihre schier unendliche Bürde erleichtern müssen. —

Der Funktionär.

„Funktionär“ in der Arbeiterbewegung. Das Wort sagt nicht viel; lange nicht genug, um das Wesen des Funktionärs einigermaßen richtig erkennen zu lassen. Und doch hat für denjenigen, der seit Jahren ein aufmerksamer Mitarbeiter in Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft ist, dieses Wort einen hohen Klang und eine tiefe Bedeutung.

Weißt du, was ein Funktionär in der Arbeiterbewegung ist? Kennst du die Arbeitsbrüder und Arbeitsgeschwestern, die sich selbstlos in den Dienst einer großen Sache gestellt haben? Hast du schon einmal über ihre tausendfältige, mühselige Arbeit zum Wohle anderer nachgedacht?

Die moderne Arbeiterbewegung hat ein Heer von weiblichen und männlichen Funktionären. Es sind Genossen und Genossinnen, Kollegen und Kolleginnen, die, von der hohen Idee des Sozialismus angepornt, täglich, ja stündlich bereit sein müssen, einzutreten, wo es Arbeit und Kampf gibt. Sie sind in Wirklichkeit die starken Träger unserer Organisation, die Wegebereiter zu stetem Aufstieg und Fortschritt. Als Flugblattverteiler, Hausstapfierer, Gruppenleiter, Werkstattkassierer, Vertrauensmann, als Vertreter bei wichtigen Sitzungen und Beratungen usw. müssen sie in unermüdlicher Arbeit Rinder des Sozialismus sein. Da gilt es, den Säumigen zu mahnen, den Launen anzuspornen, den Wankelmütigen aufzurichten. Und das alles stets für die Gesamtheit der arbeitenden Klasse. Und diese arbeitenden Männer und Frauen, die sich über ihre wertvolle Arbeitszeit hinaus so unverdrossen der vielgestaltigen hochwichtigen Kleinarbeit unterziehen, fragen nicht nach Dank. Ihnen ist es Dank, wenn sie sich mitfreuen können an den Erfolgen ihrer Arbeit, wenn sie neue Kämpfe für den Sozialismus gewinnen.

Sollten wir deshalb da nicht alles tun, um ihnen ihre Arbeit zu erleichtern? Wir können es, wenn wir wollen. Wir müssen alle Mitkämpfer werden und ebenso emsig tätig werden für Gewerkschaften, Partei und Genossenschaft.

Staat und privatwirtschaftliche Interessenspolitik.

Wi. Zeiten der Geldentwertung wirkten seit jeher schwächend auf die staatliche Macht. Die vom Staat durch Steuergesetzgebung, Rechtsprechung und Diskontpolitik garantierte Geldwährung ist eben ein wesentlicher Bestandteil der Staatsgewalt, wie schon im Mittelalter die Münzherrschaft bei gesteigter innerer Finanzlage ein sichtbarer Ausdruck der Landesohneit gewesen ist. So hat nun auch die Zerrüttung der Währung in den osteuropäischen Staaten eine Erstarkung der Privatwirtschaft gegenüber der Staatsgewalt mit sich gebracht. Es ist deshalb nur ein ganz natürlicher Rettungsweg, den die Ruhestaat aus dem Elend zu beschreiten sucht, indem es durch Zulassung des privaten Unternehmertums und durch Konzessionen ebenso wie durch eine das Privateigentum stark berücksichtigende Agrarpolitik die Macht der Privatwirtschaft anerkennt. Auch in Deutschland ist die Macht des Kapitalismus seit

Kriegsende wieder erstarkt. Der zähe Kampf um die Besteuerung des Besitzes und um gemeinwirtschaftliche Maßnahmen geht gegen einen wachenden Widerstand bei den Unternehmern. Man kann nicht sagen, daß dieser Widerstand in letzter Zeit weniger erfolgreich geworden sei. Man betrachte einmal die Zwangsanleihe, die ursprünglich auf ein Erträgnis von einer Goldmilliarde abgestellt war, die in Wirklichkeit aber infolge der Geldentwertung kaum eine Viertelgoldmilliarde einbringen wird. Die Geldentwertung begünstigt eben den Sachbesitz, den ebensowenig Koff und Motten wie Papiergeldfluten zernagen können. Der Staat ist aber in seinen Einnahmen auf das von ihm ausgesetzte Papiergeld angewiesen. Nimmt er dieses nicht mehr als Steuern in Zahlung, so erklärt er damit seinen Bankrott.

Die Schwächung der Staatsgewalt hat auch — das tritt in der letzten Zeit deutlich in Erscheinung — die auswärtige Wirtschaftspolitik entscheidend beeinflusst. Auch hier ist das russische Beispiel bezeichnend: Mit seinen Konzessionen sucht Rußland die Freundschaft derjenigen wirtschaftlichen Mächte im Ausland, die ihm auch auf längere Sicht ein politisches Einvernehmen mit den betreffenden Staaten ermöglichen. Am drastischsten aber tritt die Erstarkung der privatwirtschaftlichen Macht in den Interessengemeinschaften zutage, die sich über die unter dem Szepter der Gewalt geführten Reparationsverhandlungen hinwegsetzen und ihren Fortgang umzugestalten geeignet sind.

So sind zwischen der deutschen und der französischen Industrie eine Reihe von Interessensverwicklungen teils im Gange, teils abgeschlossen. Durch die Interessengemeinschaft zwischen der deutschen und der französischen Farbstoffindustrie, die vor einigen Monaten zustande kam, ist ein sehr bedrohlicher Streitfall der französischen Politik gegenüber Deutschland in den Hintergrund gedrängt worden. Daburch, daß die deutsche Industrie ihre Patente der französischen Farbstoffindustrie zur ausschließlichen Versorgung ihres inneren Marktes zur Verfügung stellte, ist der Anspruch der Franzosen auf eine Beschlagnahme oder Kontrolle der deutschen Farbwerte, wie sie noch kürzlich von Paris aus gefordert wurde, gegenstandslos geworden. Das Abkommen zwischen Stinnes und den französischen Wiederaufbau-Genossenschaften über die Lieferung von Baumaterialien liegt auf gleicher Linie. Hier waren es die französischen Verbraucher, die an einer Staatshilfe verzweifelten und sich deshalb mit der deutschen Industrie unmittelbar in Verbindung setzten. Und Stinnes, der erbitterte Gegner der Erfüllungspolitik, hat nicht nur die sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Vorteile, den kapitalistischen Profit, in Rechnung gestellt, sondern damit auch gewollt oder ungewollt eine Entspannung in der noch vor kurzem hart umstrittenen Frage der Sachlieferungen an Frankreich herbeigeführt. Inzwischen laufen weitere Verhandlungen, die auf die Bildung eines deutsch-französischen Eisenyndikats abzielen und die — wenn sie zum Abschluß kommen sollten — die französischen Erze mit der westfälischen Kohle in enge Beziehung bringen. Eine ähnliche Interessensverwicklung bahnt sich zwischen der deutschen und der französischen Kalkindustrie an und ist, obwohl sie vom deutschen Kalkyndikat demontiert wird, schon recht weit fortgeschritten.

So gewinnt es mehr und mehr den Anschein, als ob die Gewaltpolitik des Friedensbittlers sich auflöst in eine Geschäftspolitik, deren letzter Nugnießer das Privatkapital ist. Der Friede wird zum Geschäft, das auch der Krieg gewesen ist. Das ist schmerzhaft unter dem Gesichtspunkte, daß wir Sozialisten uns den Wiederaufbau der Welt anders gedacht haben, indem wir auf die internationale Solidarität der Völker unter dem Druck des internationalen Proletariats hofften. Wohl bleibt dieser Tätigkeit noch einiger Raum, aber auf vielen Gebieten hat sich das Privatkapital, wie obige Beispiele zeigen, bereits festgesetzt. Trotz der Enttäuschung wird man die sachliche Bedeutung dieser Politik nicht unterschätzen dürfen. Die Reparationen, unter denen Deutschland so schwer zu leiden hatte, kommen aus dem Jahrwasser imperialistischen Diktats immer mehr in das der rechnerischen Erwägung. So ruht schließlich die Geschäftspolitik, bei der deutsche Unternehmer ihre privatwirtschaftliche Macht in die Waagschale werfen, auch dem deutschen Volke, indem sie die Aussicht auf eine baldige Lösung des Reparationsproblems in größere Nähe rückt. Sie legt aber auch den Grund zu schweren Auseinandersetzungen zwischen der Arbeiterklasse und dem internationalen Kapital, dessen Macht mit dieser Entwicklung außerordentlich wächst. Will man verhindern, daß daraus eine Gefahr für die Bestrebungen des Sozialismus wird, so bedarf es einer Stärkung der proletarischen Internationale, da die Macht des Proletariats in den einzelnen Ländern gegen diese internationalen Zusammenschlüsse nur schwer aufkommen kann.

a) männliche:

1. Beitragsklasse 314 Einnahme und 7 Uebertritte		
2. " 140 " " 5 " "		
3. " 300 " " 27 " "		
4. " 202 " " 107 " "		
5. " 800 " " 217 " "		

b) weibliche:

1. Beitragsklasse 1017 Einnahme und 53 Uebertritte		
2. " 2328 " " 128 " "		
5. " 7196 " " 755 " "		

An Eintrittsgeld wurden 41 213 M. entrichtet, davon 8203 M. von männlichen und 33 010 M. von weiblichen Mitgliedern.

An Beiträgen und Extrabeiträgen sind insgesamt 6 289 781 M. geleistet, und zwar von männlichen Mitgliedern 1 877 026,50 M. Beiträge und 725 736 M. Extrabeiträge, zusammen 2 602 762,50 M., und von weiblichen Mitgliedern 2 500 968,50 M. Beiträge und 1 126 960 M. Extrabeiträge, zusammen 3 627 018,50 M.

Von dieser Gesamtsumme entfallen auf die einzelnen Beitragsklassen:

W. Beitr. 4 838 Beiträge à 100 Pf. =	4 838,-- M.
1. Kl. 35 804 " à 150 " =	53 706,-- "
1. " 248 " à 200 " =	49,60 "
2. " 88 775 " à 250 " =	221 937,50 "
3. " 673 445 " à 350 " =	2 357 057,50 "
4. " 49 499 " à 500 " =	24 749,50 "
5. " 238 680 " à 650 " =	1 551 490,00 "

Zus. 1 091 3-4 Beiträge =	4 437,08,-- M.
1. Kl. 35 044 Extrabeitr. à 50 Pf. =	17 072,-- M.
2. " 8 437 " à 150 " =	1 265,50 "
3. " 672 546 " à 150 " =	1 008 819,-- "
4. " 49 318 " à 200 " =	9 863,-- "
5. " 247 447 " à 250 " =	61 961,75 "
Zus. 1 084 971 Extrabeiträge =	1 852 036,-- M.

Die Differenz zwischen der Zahl der Beiträge und der Extrabeiträge erklärt sich daraus, daß von den Zahlstellen Aimenau und Kirchheimbolsanden die Beiträge vom 1. Quartal ohne Extrabeiträge mit verrechnet sind.

An sonstigen Einnahmen sind 516 845,55

Mark zu verzeichnen. Davon entfallen 505 317 M. auf die im 2. Quartal ausgeschriebenen außerordentlichen Extrabeiträge (Dänenhilfe und Metallarbeitersperrung), und zwar sind dafür geleistet von männlichen Mitgliedern 39 720 Extrabeiträge à 5 M. = 198 600 M., von weiblichen Mitgliedern 102 339 Extrabeiträge à 3 M. = 306 717 M.

Weiter sind von der Zahlstelle Dresden noch 10 000 M. für die Unterstützung unserer an der Metallarbeitersperrung beteiligten Mitglieder der Verbandskasse überwiesen worden; 1 057,85 M. sind noch für zurückgezahlte Unterstützungen, 413 M. für Beiträge früherer Quartale, 24,70 M. für verlorene Mitgliedskarten und 33 M. für Tarife verzeichnet worden.

Die gesamten Einnahmen der Zahlstellen und Gauen belaufen sich ausschließlich der Zuschüsse aus der Verbandskasse auf 8 847 839,55 M. An Zuschüssen aus der Verbandskasse waren 133 770,80 M. für die Zahlstellen und 256 296,85 M. für die Bezirksleiter, zusammen 390 067,65 M. erforderlich.

Von den Ausgaben entfallen für Arbeitslosenunterstützung 34 288,45 M. und für Krankenunterstützung 80 395,50 M. Diese Summen verteilen sich in folgender Weise auf die einzelnen Beitragsklassen:

Arbeitslosenunterstützung:

1. Klasse männl. 39,-- M., weibl. 179,-- M.	
2. " " " " 274,50 "	
3. " " " " 15 581,70 "	
4. " " " " 1 388,-- "	
5. " " " " 16 343,-- "	

Zus. männl. 18 253,25 M., weibl. 16 035,20 M.

Krankenunterstützung:

1. Klasse männl. 57,-- M., weibl. 416,-- M.	
2. " " " " 141,-- " 2 488,20 "	
3. " " " " 719,60 " 53 142,20 "	
4. " " " " 2 813,-- " " " "	
5. " " " " 21 120,50 " " " "	

Zus. männl. 24 354,10 M., weibl. 56 041,40 M.

Invalidenunterstützung kam an 31 Kollegen im Betrage von 8910 M. zur Auszahlung.

Unzugsunterstützung wurde für 9 männliche Mitglieder in Höhe von 2715 M. bewilligt. Hinterbliebenenunterstützung wurde in 25 Fällen in Höhe von zusammen 4239,-- M. ausgezahlt.

Für Rechtschutz war für 9 männliche und 4 weibliche Mitglieder der Betrag von 4605,55 M. zu zahlen.

Als Gemahregelte wurden 1 männliches und 6 weibliche Mitglieder mit zusammen 3758 M. unterstützt.

Notstandsunterstützung wurde an 7 männliche und 2 weibliche Mitglieder zusammen 2250 M. gezahlt.

Für Streiks und Lohnbewegungen wurden 728 291,81 M. verausgabt, davon für Streikunterstützung an 218 männliche Mitglieder 254 819,-- M. und an 967 weibliche Mitglieder 341 158,95 M.

Für außerordentliche Agitation wurden 7845,75 M. aufgewandt. Zur Bekämpfung örtlicher Ausgaben mußten 1 100 458,51 M. den Zahlstellen und Gauen beflissen werden. Der Verbandskasse wurde der Betrag von 4 494 635,13 M. als Ueberchuß zugeführt. Als Vorposten für das 3. Quartal verblieben an den einzelnen Orten 1 643 003,66 M., dem ein Guthaben von 169 669,27 M. gegenübersteht.

In den Separatberechnungen der Bezirksleiter sind an Einnahmen noch 587 M. für Agitationszuschuß einer Zahlstelle und für zurückgezahltes Porto zu verzeichnen, während an Ausgaben 294 099,83 M. zu bestrichen waren. Diese haben einen Bestand für das 3. Quartal von 18 176,09 M., dem ein Guthaben bei der Verbandskasse von 103 669,65 M. gegenübersteht.

Der Abschluß der Verbandskasse weist an Einnahmen 4 549 208,04 M. und an Ausgaben 2 278 550,74 M. auf, so daß ein Ueberchuß von 2 270 657,30 M. verbleibt, wovon 110 554 M. auf die Reserven für die Invalidenunterstützung entfallen. Fr. Bender.

Noch nicht abgerechnet haben...

Mit Bedauern wird wohl jeder aufmerksame Kollege oder Funktionär, der an seiner Organisation hängt, diese in unserer Zeitung ständig wiederkehrende Mahnung lesen. Ist es doch kein Zeichen von guter Organisation in einer Zahlstelle, wenn es der Ortsverwaltung zwei Monate nach Quartalschluß noch nicht gelungen ist, die Abrechnung fertigzustellen. Oder liegt es an den Mitgliedern? Ich glaube nicht. Sind es doch immer dieselben Orte, die mit ihrer Abrechnung nicht fertig werden und zu einer gewissen Berühmtheit hierin gelangen. Oft kommt man in solcher Zahlstelle vor lauter persönlichen Streitigkeiten oder „von wegen der hohen Post“ nicht dazu, sich um die Abrechnung zu kümmern. Andere wieder schicken ihr Geld aus Prinzip nicht gleich nach Berlin. In solch kleinen Zahlstellen, wie z. B. Torgau, sollte es doch möglich sein, 14 Tage nach Quartalschluß, in größeren, wie Halle, mindestens nach einem Monat die Abrechnung fertig zu haben.

In der heutigen Zeit der Geldentwertung sollte jede Ortsverwaltung ihre Ehre darin sehen, die Abrechnung so schnell wie möglich einzusenden, statt das Geld zu Hause beim Kassierer nutzlos liegen zu lassen. Hier ist es Aufgabe der Revisoren und der Gauleiter, auch mal unermüdet sich im Quartal vom dem Stand der Kassengeschäfte zu informieren und nicht immer zu warten, bis der Kassierer freundlichst einlädelt.

Aber auch die Mitglieder müssen sich mehr um die Kassengeschäfte kümmern und säumige Mitglieder oder Kassierer ganz energisch an ihre Pflicht erinnern.

Darum Kollegen, die es angeht! Sorgt dafür, daß eure Zahlstelle bald aus der Rubrik „Noch nicht abgerechnet haben“, verschwindet.

A. R. in B.

Mißstände nur in der Linierbranche?

Jeder denkende Kollege, welcher die Ausführungen der Linierer in Nr. 37 und 39 der „Buchbinder-Zeitung“ gelesen hat, wird sich bewußt sein, daß man den Ausführungen des Liniererkollegen in

Nr. 39 nur zustimmen muß, weil die dort angeführten Mißstände auch in der Buchbinderbranche sich breitzumachen beginnen. Niemand kann es im Interesse unseres Berufes liegen, wenn Hilfspersonal mit Arbeit beschäftigt wird, zu welcher der Gehilfe drei bis vier Jahre gelernt hat. Daß es bei der Profitgier mancher Unternehmer Firmen gibt, wo der größte Teil der Kollegen durch Kolleginnen verdrängt worden ist, wird wohl ein jeder schon erfahren haben. Es liegt klar auf der Hand, daß mit der Zeit daraus eine ernste Gefahr für unseren Beruf entstehen wird, wenn es nicht vorher gelingt, dieses Uebel zu beseitigen. Ein sicheres Mittel wäre die Feststellung, welche Arbeit als Männer- und welche als Frauenarbeit anzusehen ist. Selbstverständlich müßten die Kolleginnen, die bereits Gehilfenarbeit verrichten, auch weiterhin unter dem Wahlpruch: „Gleiche Arbeit gleicher Lohn“ beschäftigt werden, für neu eintretende Kolleginnen würde dann nur noch Frauenarbeit in Frage kommen.

Ein zweites Uebel ist die ungerechte Klasseneinteilung unseres Reichtarifes. Ein neuangelernter Gehilfe, der in seiner Lehrzeit mit einem Trinkgeld abgepeist worden ist, bleibt bekanntlich ein ganzes Stück hinter dem Lohn einer Kollegin im 4. Berufsjahre zurück. Es soll damit nicht gesagt werden, daß die Kollegin in dieser Gruppe zuviel verdient, im Gegenteil, aber eine andere Lösung läge wohl in beiderseitigem Interesse.

Dann der gewaltige Lohnunterschied zwischen der niedrigsten und der höchsten Ledigenklasse. Während der Kollege im 1. Gehilfenjahre in Ostklasse 2 ab 1. Oktober 1680 M. verdient, beträgt der Lohn für einen Kollegen nach dem 4. Gehilfenjahre und über 24 Jahre 3024 M. Ein Lohnunterschied von 1344 M. ist das Wohl! Wie ein Kollege im 1. Gehilfenjahre mit diesem Lohne sein Leben fristen soll, bleibt auch wohl unseren Unternehmern mit dem bekannten sozialen Verständnis ein Rätsel.

Wird hier nicht eine Milderung geschaffen und werden die Lohnklassen, ähnlich wie bei den Buchdruckern, nicht näher aneinander gebracht, dann wird bald die Zeit kommen, wo die Arbeitgeber die jüngeren Kollegen wegen ihrer billigen Arbeitskraft bevorzugen werden. M. J.

Wie helfen wir uns selbst?

In der gegenwärtigen Zeit, wo eine Lohn-erhöhung die andere jaat, und dennoch nicht infandte ist, auch nur annähernd das zum Leben Notwendige zu bringen, ist es wirklich an der Zeit, über die Möglichkeiten nachzudenken, um der rapiden Verelendung des gesamten Proletariats einen Riegel vorzuschieben. Wir dürfen nicht, wie bisher, unser Augenmerk nur auf Lohnerhöhungen und Induzieren lenken.

Als Erstes sei erwähnt, daß es unbedingtes Erfordernis für jeden freigerwerbsfähigen Arbeiter ist, nicht nur der Gewerkschaft, sondern auch einer Konsumgenossenschaft anzugehören. Durch den Zusammenschluß der arbeitenden Verbraucher zu Konsumgenossenschaften wird jeglicher Privatgewinn ausgeschaltet und der Weg der Ware vom Erzeuger zum Verbraucher ganz bedeutend gekürzt, somit auch die Ware verbilligt. Ein Hauptzweck der Konsumgenossenschaft jedoch ist die Schaffung von Eigenproduktionsanlagen, um so dem Privatkapital gegenüber als Preisregulator auftreten zu können. Es wird zwar vielfach auf die den Arbeiter-Konsumgenossenschaften anhaftenden Mängel hingewiesen. Diese fallen jedoch dann fort, sobald sich die Arbeiterschaft möglichst restlos den Konsumgenossenschaften anschließt. Denn nur durch Massenbeteiligung ist es möglich, zu dem gesteckten Ziel zu gelangen. Es wäre schon erreicht, wenn die Interessenslosigkeit der arbeitenden Verbraucher nicht so groß wäre.

Als Zweites und ebenso Wichtiges sei genannt die „Bodenreform“. Die folgenden Ausführungen sollen jedoch zu weiterem Nachdenken Veranlassung geben. Es gilt zu bedenken, daß derjenige, der den Boden besitzt, auch die Menschen in seiner Gewalt hat.

Um den gegenwärtig unhaltbaren Zuständen ein Ende zu bereiten, ist es dringend erforderlich, daß wir Hand ans Werk legen insofern, daß in der Arbeiterschaft der Drang nach einem „Bodenbeschaffungs-gesetz“ wachgerufen wird. Es geht nicht an, daß die gewissenlose Bodenspekulation weiters Blüten treiben und dadurch als verteuender Faktor in unserem Wirtschaftsleben wirken soll. Verkauf heute z. B. jemand einen Morgen Ackerland für 15 000 M. (für den er früher 500 M. gegeben hat), so verteuern sich logischerweise die auf diesem Boden angewachsenen Erzeugnisse um mindestens das 30fache. Auch auf das ungenügend oder gar nicht bewirt-

schafte Land gibt es, unser Augenmerk zu lenken. Eine durch Gesetz zu regelnde sogenannte Zwangsverpachtung oder Enteignung solcher Ländereien könnte uns wirtschaftlich nur von sehr großem Nutzen sein. Statistisch läßt sich nachweisen, daß auf einer gleichen Anbaufläche der kleinere Landmann dem großen gegenüber ein ganz bedeutendes Mehr herauswirtschaftet. Weiterhin muß auf das Land erfaßt werden, das während und namentlich nach der Kriegszeit in Weideland umgewandelt worden ist. Durch diese Umwandlung verlor gewisse Kreise nur den Zweck, das arbeitende Volk wirtschaftlich immer tiefer in den Abgrund zu führen, um dann zu gegebener Zeit sich wieder jene einst innegehabte Machtposition zu erobern.

Vorstehendes ergibt, daß es nunmehr für uns höchste Zeit ist, sich mit dieser Materie vertraut zu machen und zu fordern, daß all das geschieht, was geeignet ist, uns wirtschaftlich auf die Beine zu bringen. Nicht abseits stehen und warten, was da kommt, sondern zum Handeln drängen.

Unser „Lösungswort“ heiße Gewerkschaft, Genossenschaft und Bodenreform.

Paul Lug, Breslau.

Internationales.

Oesterreich. Der Streik fast des gesamten graphischen Gewerbes in Oesterreich ist beendet. Das Niederhalten der Arbeiterschaft im graphischen Gewerbe und die Verhandlungspraktiken des Reichsverbandes der Buchdruckereibesitzer Oesterreichs haben es zuwege gebracht, daß ab 1. September alle in den österreichischen Buch- und Steindruckereien beschäftigten Personen (Buchdrucker, Buchbinder, Hilfsarbeiter) in den Streik getreten sind. Zunächst kamen nur die Tagdruckereien in Betracht. Das von Anfang schroff ablehnende Verhalten der Unternehmer ließ, wie unsere Wiener „Einigkeit“ berichtet, eine ganze Anzahl von Verhandlungen ergebnislos verlaufen. Die Unternehmer trugen so dazu bei, daß der Kampf bald eine wesentliche Verschärfung erfuhr und vom 4. September auch die Zeitungsetzer in Wien mit in den Streik eintraten, nachdem der Zeitungsbetrieb in der Provinz schon früher stillgelegt war. Trotz mehrmaliger Verhandlungen vor dem Einigungsamt erklärten die Unternehmer wiederholt, sich einem Schiedsspruch nicht fügen zu wollen. Nunmehr trat die Regierung selbst als Vermittler auf und zwar in deren Auftrag der österreichische Vizekanzler. Auch dessen Bemühungen zur Beilegung der Differenzen blieben zunächst erfolglos, und erst am 14. bzw. 15. September gelang es, eine Basis zur Einigung zu finden. Nach dieser werden die bisherigen Gesamtmindestlöhne für die Zeit bis zum 16. September um 50 Proz., vom 17. bis 30. September um 75 Proz. und vom 1. bis zum 14. Oktober um 80 Proz. erhöht.

Die in den Genossenschafts- und Innungsbezirken sowie in der Papierkonfektion beschäftigten Kollegen und Kolleginnen haben am Streik nicht teilgenommen, nachdem mit den zuständigen Unternehmern eine Vereinbarung getroffen worden war, daß das Resultat der Bewegung auch von diesen anerkannt werde.

Durch die Bewegung wurde für unsere Kollegenschaft in Wien erreicht ab 2. Oktober:

Für Gehilfen:	
Im 1. Gehilfenjahr	123 110 Kr.
„ 2. „	146 680 „
„ 3. „	193 800 „
Vom Beginn des 4. Jahres an	261 550 „
Für Spezialarbeiter:	
Im 1. Gehilfenjahr	127 825 Kr.
„ 2. „	156 690 „
„ 3. „	207 940 „
Vom Beginn des 4. Jahres an	277 385 „
Für Linierer:	
Im 1. Gehilfenjahr	148 440 Kr.
„ 2. „	178 490 „
„ 3. „	225 620 „
Vom Beginn des 4. Jahres an	286 890 „
Für Arbeiterinnen:	
Im 1. Halbjahr der Berufstätigkeit	57 136 Kr.
„ 2. „	75 985 „
„ 3. „	97 190 „
„ 4. „	122 520 „
Nach zweijähriger	153 160 „
Für Spezialarbeiterinnen:	
Im 1. Halbjahr der Berufstätigkeit	63 612 Kr.
„ 2. „	80 694 „
„ 3. „	105 440 „
„ 4. „	129 000 „
Nach zweijähriger	159 640 „

Lehrlinge erhalten eine Entschädigung von wöchentlich 5 000 Kr. im 1. Halbjahr	
10 000 „ „ 2. „	
15 000 „ „ 3. „	
20 000 „ „ 4. „	
25 000 „ „ 5. „	
30 000 „ „ 6. „	

Berichte.

Barmen-Eberfeld. Am 22. September fand eine außerordentliche Generalversammlung statt. Zum 1. Punkt referierte Kollege Groenhoff, indem er ein Bild von den Verhandlungen des Beirats gab und gleichzeitig kurz die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse schilderte. Diese nötigen zu einer Neuordnung und Erhöhung der Beiträge, damit der Verband seine Schlagkraft behält. Zum 2. Punkt, Neuordnung und Erhöhung der Beiträge, referierte Kollege Wehler, der ausführte, daß dieselben Ursachen, die zur Erhöhung der Verbandsbeiträge führten, auch für die Lokalfasse zwingend sind. Die Ortsverwaltung hat sich mit der Lokalbeitragsfrage befaßt und glaubt angesichts der nicht unwesentlichen Erhöhung der Verbandsbeiträge nur eine geringe Erhöhung der Lokalbeiträge, und zwar um eine Mark pro Woche, vorschlagen zu sollen. Wir hoffen damit bis Ende des

Portoerhöhungen

sind mit dem 1. Oktober in ganz erheblichem Maße eingetreten. Wir bitten daher dringend zu beachten, daß die Portofasse für den Fernverkehr nunmehr wie folgt geregelt sind:

Postkarten 3 Mt. Briefe bis 20 Gramm 6 Mt., bis 100 Gramm 8 Mt., bis 250 Gramm 10 Mt.

Drucksachen bis 20 Gramm 1 Mt., bis 50 Gramm 1,50 Mt., bis 100 Gramm 3 Mt., bis 250 Gramm 6 Mt., bis 500 Gramm 8 Mt., bis 1000 Gramm 10 Mt.

Geschäftspapiere bis 250 Gramm 6 Mt., bis 500 Gramm 8 Mt., bis 1000 Gramm 10 Mt.

Jahres durchkommen. Auch in Zukunft hoffen wir mit 4 Beitragsklassen in unserer Zahlstelle auszukommen wie bisher und würden die Klassen und Beiträge sich wie folgt gestalten:

Beihilfenge		2 Mt.
2. Kl. Verbandsbeitr.	12 Mt. u. 4 Mt. Lok. =	16 „
4. „ „	25 „ „ 4 „ =	29 „
5. „ „	35 „ „ 5 „ =	40 „
7. „ „	55 „ „ 5 „ =	60 „

Redner empfahl dringend diese Vorlage und schloß sich der Hoffnung des Kollegen Groenhoff an, daß die Mitglieder der Zahlstelle gewerkschaftlich so geschult sind, daß sie gerne die nötigen Mittel für die Organisation aufbringen werden.

An diese Referate schloß sich eine Diskussion, in der weitergehende Anträge in bezug auf Erhöhung der Lokalfasse gestellt wurden. Nachdem die weitergehenden Anträge abgelehnt waren, wurde die Vorlage der Ortsverwaltung mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Dann gab Groenhoff einen kurzen Bericht über die Lohnverhandlungen mit dem „Adel“ und dem „Api“ in Leipzig und in Weimar. Er verwies auf die Berichte in der „B. Jtg.“ und wandte sich dann kurz den örtlichen Lohnverhandlungen zu. Bei der Berichterstattung über die vorletzten Verhandlungen im Buchbindergewerbe war schon infolge der großen Teuerung, wie sie Ende August eingestuft hatte, eine starke Erregung unter den Mitgliedern vorhanden. Es wurde ein Antrag angenommen, wonach eine außerordentliche Wirtschaftsbeihilfe vom hiesigen Arbeitgeberverband gefordert werden sollte. Die Buchdruckereihilfsarbeiter hatten kurz zuvor einen Streik geführt, die Buchdrucker befanden sich damals im Streik. Die Ortsverwaltung kam dem Verlangen der Mitglieder nach, stellte einen Antrag auf Gewährung einer Wirtschaftsbeihilfe und beantragte, darüber mit dem Arbeitgeberverband zu verhandeln. Dieses wurde abgelehnt mit der Begründung, daß bereits wieder zentrale Verhandlungen in naher Aussicht ständen und daß sich der hiesige Arbeitgeberverband für eine Rückwirkung der zentralen Zulagen stark machen und beim Api dafür eintreten würde, daß das neue Lohnabkommen Anfang September in Kraft zu treten hätte. Es ist dann aber anders gekommen. Das neue Lohnabkommen ist erst vom 17. September datiert worden. Es ist darauf in Eberfeld zwischen Vertretern des Arbeitgeberverbandes unter Führung des Herrn Dr. Haarhaus und

Vertretern unserer Zahlstelle vereinbart worden, daß die in Weimar vereinbarten Zulagen für Barmen-Eberfeld bereits eine Lohnwoche früher zur Auszahlung kommen sollte. Auch mit dieser Verbesserung war ein Teil der Mitglieder unzufrieden, da die fortschreitende Teuerung die neuen Löhne wieder überholt hätte und außerdem die Löhne vieler anderer Berufe bedeutend günstiger sich gestaltet haben. Es gab eine große Krisis und bestand Streikgefahr. Letzten Endes wurde aber doch die tarifliche Treue gewahrt und gelangte dann die vereinbarte Rückzahlung für eine Woche zur Auszahlung. Eine Diskussion über diesen Bericht wurde nicht beliebt und fand die Versammlung nach einigen Mitteilungen ihr Ende.

Dresden. Am 12. und am 27. September fanden je eine stark besuchte Mitgliederversammlung statt. Die erste Versammlung, die teilweise sehr stürmisch verlief, beschäftigte sich mit der erledigten Wahl des neuen Ortsbeamten. Menzer behauptete, daß unzulässige Mittel angewendet worden seien, um eine Wahl zu verhindern, und kam dabei zu Behauptungen, die von dem Verbandsratsleiter Scheibe energisch zurückgewiesen werden mußten. Quas erklärte, daß von keiner Seite auf ihn eingewirkt worden wäre, sich zu melden, lediglich die Buchbinderbranche habe ein Interesse an seiner Wahl gehabt, desgleichen sei sein Rücktritt vollständig freiwillig erfolgt, obgleich er sich durch das Vorgehen eines Kreises von Kollegen in dieser Angelegenheit stark verletzt gefühlt habe. In der weiteren Debatte wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß, solange verschiedene Richtungen in der Arbeiterschaft bestehen, auch Richtungskämpfe unvermeidlich seien. Die Erregung der Versammlung stieg aufs höchste, als Kollege Weigmann kurze Ausführungen des Kollegen Kohl benutzen wollte, um die Debatte in politisches Fahrwasser zu lenken. Nachdem noch einige Redner beider Richtungen gesprochen hatten, wurde diese Aussprache ohne irgendwelche Beschlußfassung beendet. Nunmehr berichtete Scheibe in dem bereits stark gelichteten Saal über den Stand der verschiedenen Lohnbewegungen.

In der Versammlung am 27. September wurde Bericht von der Beiratstagung erstattet. Zunächst referierte Quas über den auf der Tagung gegebenen Situationsbericht. Menzer hatte es übernommen, von der Neuordnung der Beiträge und Unterfütungen zu berichten. Er bemängelte vor allem, daß man darauf zugeworfen sei, die Anzahl der Beitragsklassen zu vermehren. Wenn wir jetzt einen so großen Sprung mit den Beiträgen machen müssen, so komme das daher, daß man mit der Regelung der Beiträge so lange gewartet habe, obwohl die in Kassel beschlossenen Sätze schon bei Inkrafttreten von den Verhältnissen überholt waren. Er empfiehlt für Dresden nur zwei Beitragsklassen als verbindlich zu erklären. Die Diskussionsredner konnten sich der Notwendigkeit einer zeitgemäßen Festsetzung der Beiträge nicht verschließen, lediglich in der Bestimmung der für Dresden geltenden Beitragsklassen war man verschiedener Meinung. Nach einem Schlußwort der Kollegen Menzer und Quas wurde gegen ungefähr 20 Stimmen beschlossen, in Dresden die 5. und 7. Beitragsklasse zur Einführung zu bringen. Ausnahmen sollen nur durch die Verbandsleitung zugelassen werden. Ferner wurde einstimmig beschlossen, 20 Proz. des jeweiligen Verbandsbeitrages als Lokalbeitrag zu erheben.

Darauf begründete Menzer einen Antrag auf Einberufung einer Betriebsrätevollversammlung für Groß-Dresden durch den Ortsausschuß. Dieser Antrag wurde angenommen. Mit großer Mehrheit abgelehnt wurde eine von der Kollegin Matejko begründete Resolution betr. die Schreibweise der „Buchbinder-Zeitung“, die dazu diene, die Mitglieder gegenseitig zu verhehen. Verschiedene Kollegen wandten sich gegen diese Resolution und erklärten, die Redaktion der „B. Jtg.“ habe nur ihre Pflicht erfüllt, wenn sie vor dem „wilden Betriebsrätekongress“ gewarnt habe. Im Sinne der Resolution sprachen noch die Kollegen Menzer und Weigmann. Einige andere Anträge fanden kein großes Interesse mehr, da auch diesmal die politischen Debatten die Mitglieder ermüdet hatten.

Adressenänderungen.

- B. = Bevollmächtigter. K. = Korrektor.
- Selshennersdorf.** B: E. Eisekt, Nr. 470b.
K: H. Ransel, Nr. 470b.
- Wiesbaden.** B: D. Gahmann, Rettelbeckstr. 18.
K: H. Waiblinger, Wellrichstr. 37 II; alle Post an Waiblinger senden.
- Italien.** Federazione Italiana fra legatori ed affini (Comitato Centrale) Corso XXII Margo, 9a Milano.
- Jugoslawien.** Verband der graphischen Arbeiter Jugoslawiens, Zagreb, Jugoslawien, Primorska ul. 2.

Rundschau.

Die Versicherungsgrenze für trankenversicherungs-pflichtige Mitglieder ist nur auf 204 000 M. erhöht worden und nicht, wie der Ausschuss beschloß und neulich von uns daraufhin mitgeteilt, auf 300 000 M. Die Verzeigerorganisation hat auch hier wieder, wie schon wiederholt, ihren reaktionären Einfluß geltend gemacht und die Versicherungsgrenze herabgedrückt. Das bedeutet natürlich eine ganz erhebliche Verschlechterung gegenüber der Vorkriegszeit.

Das ständige Wohnungselend. Das soeben erschienene Heft 18 der „Soziale Bauwirtschaft“ — Zeitschrift des Verbandes sozialer Baubetriebe — nimmt Stellung zur Erdrösselung der Wohnungsbautätigkeit durch die maßlosen und gemeinschädlichen Preistreiberien der Baustoffindustrie und des Baustoffhandels. Es bringt auf knappstem Raum und in anschaulicher Darstellung über den Baustoffwucher und seine Folgen ein reichhaltiges Material. Wenn beispielsweise ein einziger Sägewerksbesitzer, der „Holzkönig von Masuren“ in Rudzanny, seit 7 Jahren 100 000 Kubikmeter Holz im Gebiet der Masuren Seen aufgeschichtet und nicht in den Handel gebracht hat, um es zu gegebener Zeit zu Bucherpreisen loszuschlagen, dann ist es verständlich, daß heute für den Kubikmeter Bauholz, der im vorigen Jahre noch 750 bis 800 M. kostete, 25 000 bis 30 000 M. gezahlt werden müssen, obwohl die Durchschnittspreise bei Holzverkäufen in den preußischen Staatsforsten seit Jahresanfang nur um nicht ganz das Vierfache gestiegen sind. Glas ist um das 90fache des Friedenspreises und Zement in einem Monat um 27 000 M. für 10 000 Kilogramm gestiegen. Auch das Zink-Spinitat hält seine Erzeugnisse zurück. Und so steht es mit allen übrigen Baustoffen. Ein sehr interessantes Ergebnis zeigt eine Gegenüberstellung der Bauarbeiterlöhne und der Baustoffpreise. Der alte Schwindel, daß die Löhne, die nachgemessenermaßen nicht einmal den Stand der Reichsindexziffer erreicht haben, an den hohen Baukosten schuld seien, wird durch sie glatt erlegt. Der Berliner Architekt Becker, der fähigste Kopf im Berliner Wohnungswesen, bringt dies in einer graphischen Darstellung klar zum Ausdruck. Ebenso eindrucksvoll ist eine große Tabelle der Bauteilung der Hamburger Produktion, die anlässlich der Ueberseewoche in der Kunsthalle in Hamburg ausgegangen hat und in der die Lohnsteigerung in jedem einzelnen Bauberuf der Steigerung der Baustoffpreise gegenübergestellt wird. Weist beispielsweise der Maurerlohn eine 56,7fache Steigerung auf, so sind rote Hintermauerungssteine um das 194fache und eine ganze Reihe anderer, für den Maurer in Betracht kommende Baustoffe bis auf das 375fache gestiegen. Für die anderen Berufe: Zimmerer, Tischler, Schlosser, Maler, Dachbeder ergeben sich die gleichen Verhältnisse. Das wertvolle Heft enthält außerdem Abbildun-

gen, die das erschütternde großstädtische Wohnungselend zum Gegenstand haben, sowie Abbildungen von einfachen neueren Einfamilien- und kleinen Mehrfamilienhäusern, die den Anforderungen an menschenwürdige Wohnungen Rechnung tragen. Ferner enthält es einen Bericht über die Verhandlungen des

Wohnungsausschusses — Unterausschuß des Reichstages — mit allen vom Ausschuss angenommenen Vorschlägen und Anträgen zur Behebung der Wohnungsnot. Die Anträge, die voraussichtlich demnächst dem Reichstag vorgelegt werden, sind für alle Kreise unseres Volkes von größter Bedeutung.

Sterbetafel.

Im September sind uns folgende Mitglieder als gestorben gemeldet worden:

- Hannberg. Karl Günther, Lagerist, 68 Jahre, Herzschlag.
Barmen-Elberfeld. Maria Sann, Kuvertarbeiterin, 19 Jahre, Gehirnentzündung.
Berlin. Paul Rothenbach, Buchbinder, 59 Jahre, Herzschlag.
— August Roat, Buchbinder, 63 Jahre, Freitod.
— Maria Pefarra, Lugsapapierarbeiterin, 59 Jahre, Herzschlag.
— Erna Bark, Buchbindereiarbeiterin, 52 Jahre, Lungentuberkulose.
— Erna Denfert, Kartonarbeiterin, 16 Jahre, Leberleiden.
— Anton Zajick, Buchbinder, 72 Jahre, Blasenleiden.
— Martha Riediger, Kuvertarbeiterin, 28 Jahre, Lungenseiden.
— Frieda Grabowsky, Lugsapapierarbeiterin, 18 Jahre, Freitod.
— Bruno Wolff, Linierer, 23 Jahre, Lungenseiden.
— Käthe Fuchs, Buchbindereiarbeiterin, 19 Jahre, Lungenseiden.
— August Odan, Lugsapapierarbeiter, 32 Jahre, Lungenseiden.
— Wilh. Bieber, Buchbinder, 59 Jahre, Magenkrebs.
Crimmitschau. Elisabeth Immerthal, Stanzlerin, 19 Jahre, Lungenseiden.
Dresden. Willy Liebchen, Etuisarbeiter, 22 Jahre, Kehlkopf-tuberkulose.
— Elisabeth Kaiser, Kartonnagenarbeiterin, 19 Jahre, Lungenseiden.
— Liesbeth Hochstein, Kartonnagenarbeiterin, 25 Jahre, Lungenseiden.
— Frieda Dreßler, Kartonnagenarbeiterin, 19 Jahre, Freitod.

- Erfurt. Frida Bärwolf, Kartonnagenarbeiterin, 19 Jahre, Kindbettfieber.
Frankfurt a. M. Maria Schöttler, Buchbindereiarbeiterin, 17 Jahre, Lungenseiden.
— Paula Schmidt, Buchbindereiarbeiterin, 27 Jahre, innere Krankheit.
Frankfurt a. D. Elisabeth Herrmann, Maschineneiarbeiterin, 30 Jahre, Bauchfellentzündung.
Hannau. Reinhard Spahn, Etuisarbeiter, 46 Jahre, Inneres Leiden.
Leipzig. Irene Koch, Buchbindereiarbeiterin, 30 Jahre, Lungentuberkulose.
— Marika Große, Buchbindereiarbeiterin, 32 Jahre, Lungenseiden.
— Erna Schenke, Buchbindereiarbeiterin, 25 Jahre, Lungenseiden.
— Elsa Eidam, Kuvertarbeiterin, 22 Jahre, Lungenseiden.
— Elsa Böhme, Buchbindereiarbeiterin, 28 Jahre, Darmleiden.
— Gustav Scheps, Buchbindereiarbeiter, 71 Jahre, Herzschwäche.
— Richard Wilschka, Buchbindereiarbeiter, 58 Jahre, Wasserlucht.
— Paul Lipus, Buchbindereiarbeiter, 60 Jahre, Darmleiden.
— Max Gerlach, Buchbindereiarbeiter, 61 Jahre, Lungentuberkulose.
— Oswald Hentschel, Buchbindereiarbeiter, 43 Jahre, Rippenfellentzündung.
— Robert Schiemens, Buchbindereiarbeiter, 70 Jahre, Altersschwäche.
Ludenwalde. Max Lamprecht, Presser, 43 Jahre, Mähma.
Stuttgart. Emil Jöhler, 64 Jahre, Schlaganfall.
Gau Sachsen, Chemnitz. Gertrud Klammann, Kartonnagenarbeiterin, 21 Jahre, Bauchfellentzündung.

Allen ein ehrendes Andenken!

Etuis-Vorarbeiterin gesucht, die an saubere Klebearbeit gewöhnt ist. Hartpapierwert Albert Schmidt Leipzig-Eiltzerstr. 25/26.

Glückwunsch besonders ausgezeichnet Schmiltgold feiert seit 1840 E. Rühmly Glückwunsch Augsburg 64

Züchtige Etuistenschler auf Schmucketuist für dauernde Beschäftigung stellen sofort ein. Blüher-Werte, H.-G., Abt. Magdeburg Magdeburg-Cracan.

Selbständig arbeitender Linierer auf Willige Rollenmaschine sofort für dauernd gesucht. Meisen & Bartenwerffer Geschäftsbücherfabrik Altona-Ottensen.

Gesucht erfahrener Buchbinder, mit allen im Fach vorkommenden Arbeiten vertraut. Angebote mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Angabe des frühesten Eintrittsdatums an Deutsche Werk Hamburg 1. NB. Innerhalb 14 Tagen nicht beantwortete Angebote gelten als abgelehnt.

Fertigmacher. Meisen & Bartenwerffer Altona-Ottensen Sägerstr. 22. Züchtiger Goldschnittmacher für dauernde Beschäftigung und sofortigen Eintritt gesucht. Stunden- oder Akkordlohn nach Tarif. Buch- und Kunstverlag Carl Hirsch, H.-G., Konstanz (Baden)

Grüne u. blaue Buchbinderschürzen in Buchbinderkreisen seit Jahrzehnten anerkannte Qualität liefert m. Band oder Reite Gr 80/100. Arbeitsjoppen- und Mäntel in schwarzmeiert. (stark braun) und indigoblau zum jeweiligen Tagespreis altertüherst. A. C. Volz Fabrikant u. Betriebsleitung Stuttgart, Moltkestr. 77 Tel. 2355. N. B.: Zücht. zahlreiche Anerkennungs- u. d. m. Rundschau

Züchtige Buchbinder und Paginiererinnen gegen hohen Lohn stellt ein. Bod & Noste Tempelhof, Ringbahnstr. 36.

Verbandsmitglieder! Schließt nur Versicherungen ab bei der Volksfürsorge Gewerkschaftl. Genossenschaftl. Versicherungs- Aktiengesellsch. Hamburg 5.

LEIM Leder-, Knochen-, Mischleim Fordern Sie Offerte m. Gratismustern ein Marcus Lissauer, Hamburg 15 Abt. Leimindustrie — Idastraße 11/13.

Meister der angeschlossenen Buchbinder eine mit allen vorkommenden Arbeiten gründlichst vertraute energische Kraft. Nur Herren, die eine derartige verantwortungsvolle Stellung zu bekleiden in der Lage sind, wollen Bewerbungen mit Gehaltsanprüchen u. Referenzen unt. J. C. 21591/321 Rudolf Wosse, Berlin SW. 19, einreichen.

Perfekte Drahthefterin auf Stenobücher verlangen Riefenstahl, Zumppe & Co., G. m. b. H. Berlin O., Holzmarktstraße 67.